



**Deutscher
Kinderschutzbund**

Landesverband NRW e.V.
Hofkamp 102
42103 Wuppertal

Tel.: 02 02 – 7 47 65 88 – 0
Fax: 02 02 – 7 47 65 88 – 10
info@dksb-nrw.de
www.dksb-nrw.de

Mitglied im DPWV

Nach dem Fachtag „Kinder und Jugendliche nach Flucht und Zuwanderung: Schutz – Beteiligung – Förderung“:

Forderungen an die Politik

Am 28. und 29. September 2023 hat der Kinderschutzbund Landesverband NRW einen Fachtag unter dem Titel „Kinder und Jugendliche nach Flucht und Zuwanderung: Schutz – Beteiligung – Förderung“ digital durchgeführt. An diesem Fachtag nahmen insgesamt rund 150 Personen aus ganz verschiedenen Professionen teil. Es wurden sieben Foren angeboten, die sich auf völlig unterschiedliche Weise mit der Thematik beschäftigten. Zum Einstieg gab es jeweils zwei Impulsvorträge.

Aus dieser hohen Fachlichkeit heraus entwickelten sich drei zentrale Forderungen. Diese stellen wir Ihnen hier im Einzelnen kurz vor.

1. Finanzen

Die Fachleute waren sich einig in der Forderung nach einer veränderten Finanzierungsstruktur. Es geht nicht nur um mehr Geld, sondern um mehr verlässliche Förderung für freie Träger statt kurzfristiger Projekte („keine kurzatmigen Programme“), insbesondere für Angebote und Projekte, die sich bewährt haben. Positiv festzuhalten ist die Sensibilisierung der Fachkräfte zum Thema Flucht und Vertreibung in den letzten Jahren. Aus der Praxis wird dazu berichtet, dass dies ein jahrelanger Prozess sein kann. Umso dramatischer ist der aktuelle und zunehmende Personalmangel. Hier braucht es eine Fortbildungsoffensive mit kreativen Lösungen (Weiterqualifizierung). Diese Weiterbildungsmaßnahmen müssen refinanziert werden.

2. Kinderrechte

Die Kinderrechte für Kinder und Jugendliche mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sind mit der Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention unstrittig. Um ihre Kinderrechte zu wahren, muss von der Unterbringung von Kindern in Landesunterkünften bzw. großen Unterkünften abgesehen werden. Stattdessen muss gezielt in den Ausbau dezentralen Wohnraums investiert werden. Die Unterbringung von Kindern in zentralen Unterbringungen ist ein eklatanter Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention.

3. Schutzkonzepte

Überhaupt brauchen Kinder und Jugendliche Schutzräume und spezifische Angebote, in denen sie Vertrauen entwickeln können, wo sie ernst genommen werden und Beteiligung erleben. Das gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF). In diesem Bereich kann auch begleitetes Ehrenamt eine besondere Rolle spielen.